

**Gerecht ist:
Eine zukunftsfähige Bildung und berufliche Ausbildung in Bayern**

***Christa Steiger, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion
zur Interpellation "Bei uns hat Jugend Zukunft": Die Situation auf dem
Ausbildungsmarkt muss weiter verbessert werden***

Jedes Jahr veröffentlicht die Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit Statistiken zur Jugendarbeitslosigkeit, die als Erfolgsbilanzen gedeutet werden. Die Realität sieht jedoch anders aus: Im September 2006 hatten 5259 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz. Ende Dezember 2006 suchten noch über 1800 Jugendliche eine Lehrstelle in Bayern.

Wurden im Jahr 2001 noch 101 000 Ausbildungsverträge abgeschlossen, so waren es in den Jahren 2005/ 2006 nur noch 93 000 Verträge. In den letzten sechs Jahren wurden also 8000 Ausbildungsplätze in Bayern abgebaut!

Arbeitsstaatssekretär Jürgen Heike (CSU) sagte bei seiner Bilanzpressekonferenz Anfang Februar 2007, dass bis zum Dezember 2006 die Zahl der unversorgten Bewerber und Bewerberinnen auf 1865 verringert werden konnte. Nicht berücksichtigt ist dabei, dass gleichzeitig 21 500 Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz haben, die Berufsschule besuchen.

Es ist Zeit, Licht in das Dunkel der verschiedenen Statistiken, Zahlen und Erfolgsbilanzen des Bayerischen Ausbildungsmarktes zu bringen. Bei einer weiteren positiven Bilanz zum Ausbildungsmarkt in Oberfranken schob Heike „ausbildungsunwilligen“ Jugendlichen den Schwarzen Peter zu.

Dass die Situation auch in München schwierig ist, stellte kürzlich der FC-Bayern-Manager Uli Hoeneß fest, der das Schulzentrum an der Bergsonstraße besuchte. Von 500 anwesenden Schülerinnen und Schülern besaßen nur 220 einen Ausbildungsplatz und über die Hälfte davon hatte schon Dutzende Bewerbungen verschickt. Hoeneß hatte daher einen Brandbrief an Ministerpräsident Edmund Stoiber geschrieben.

Die SPD-Landtagsfraktion legt nun eine umfangreiche Interpellation mit dem Titel „**Bei uns hat Jugend Zukunft. Gerecht ist: Eine zukunftsfähige Bildung und berufliche Ausbildung in Bayern**“ vor.

In zwölf Kapiteln fragt die SPD-Fraktion nach den Fortschritten in zentralen Feldern der beruflichen Ausbildung in Bayern:

- I. Entwicklung des Ausbildungsstellenmarktes seit 1995
- II. Duale Berufsausbildung seit 1995
- III. Schule
- IV. Die besondere Situation der Hauptschüler und Hauptschülerinnen
- V. Die besondere Situation der Förderschüler und Förderschülerinnen
- VI. Berufsschule
- VII. Berufliche Schulen
- VIII. Jugendsozialarbeit an Schulen
- IX. Ausbildung im öffentlichen Dienst auf Landes- und Kommunalebene sowie bei Sozialversicherungsträgern
- X. Wirtschaft
- XI. Angebote für benachteiligte Jugendliche ohne Ausbildungsplatz
- XII. Kosten des Ausbildungsplatzmangels in Bayern für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft

Mit dieser umfassenden Zusammenschau können Konsequenzen für eine vorausschauende Politik gezogen werden, die die Benachteiligung bayerischen Jugendlichen vor allem in den strukturschwachen Gebieten beendet und die dazu führt, dass genügend Fachkräfte für die bayerische Wirtschaft ausgebildet werden.

Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt muss weiter verbessert werden

Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt ist entgegen der beschönigenden Behauptungen von Staatsregierung und einigen Unternehmerverbänden nach wie vor besorgniserregend. Jugendliche wiederholen freiwillig die letzte Hauptschulklasse oder begeben sich in eine Endlosschleife von Fördermaßnahmen – in der Hoffnung, ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz zu erhöhen. So hat sich beispielsweise die Zahl der freiwilligen Wiederholer der 9. Hauptschulklasse in den Jahren 2005 auf 2006 um 73 Prozent erhöht. Auf diese Weise fallen immerhin 4600 Jugendliche aus der Statistik, indem sie die Bewerbung um einen Ausbildungsplatz herauszögern.

Dramatisch ist auch die Zahl der Altbewerber, die zusätzlich zu den Schulabgängern auf den Ausbildungsmarkt drängt: Im Jahr 2006 waren 40 Prozent der Bewerber und Bewerberinnen Altbewerber! Das sind über 37 000 Jugendliche, die aus früheren Schulentlassjahren stammen und noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben.

Auswahlfähiges Angebot nach wie vor in weiter Ferne

Die Staatsregierung hat sich zum Ziel gesetzt, dass „für jeden ausbildungsfähigen Jugendlichen in Bayern ein betrieblicher Ausbildungsplatz oder ein anderes Qualifizierungsangebot zur Verfügung steht“. Was Staatssekretär Heike geflissentlich verschweigt, ist die Tatsache, dass das Bundesverfassungsgericht bereits vor mehr als 25 Jahren ein auswahlfähiges Angebot forderte – also ein Ausbildungsplatzangebot, das die Nachfrage um mindestens 12,5 Prozent übersteigt. Bei 109 017 Bewerbern und Bewerberinnen wären also etwa 120 000 Stellen notwendig. Von diesem Ziel ist die Staatsregierung freilich weit entfernt.

Bayerische Schulen vermitteln keine Ausbildungsreife

Ein weiteres großes Problem des Ausbildungsmarktes liegt darin, dass viele Jugendliche nicht ausbildungsfähig sind. Rund 45 Prozent der bayerischen Ausbildungsbetriebe klagen laut Bayerischer Industrie- und Handelskammer über mangelnde Kenntnisse und Fähigkeiten ihrer Bewerber.

Bayerischen Schulen gelingt es offenbar nicht, ihren Schülern und Schülerinnen die Fähigkeiten zu vermitteln, die sie im Arbeitsleben brauchen. Diese Entwicklung kann dazu beitragen, dass der sich bereits abzeichnende Fachkräftemangel sich in den nächsten Jahren verschärft.

Gesellschaftliche Kosten durch Ausbildungsplatzmangel ermitteln

Der Ausbildungsplatzmangel ist nicht nur entmutigend für die bayerischen Jugendlichen, sondern verursacht darüber hinaus auch erhebliche Kosten!

Mit ihrer Interpellation versucht die SPD-Landtagsfraktion, die Höhe dieser gesellschaftlichen Kosten zu ermitteln und Erkenntnisse über die Wirksamkeit der Fördermaßnahmen zu gewinnen. Die Initiativen der Verbände sollen hiermit nicht herabgesetzt werden - im Gegenteil, die SPD begrüßt das Engagement der Verbände ausdrücklich. Nur müssen die verschiedenen Fördermaßnahmen koordiniert und gebündelt werden, um für noch mehr Effektivität zu sorgen.